

Willkommen im neuen Frieden: Die NATO als Friedenspreisträger



Da steht er also, der Friedenspreis. Im Historischen Rathaus zu Münster, einem jener Orte, an denen 1648 nach dreißig Jahren europäischen Gemetzels der Westfälische Friede geschlossen wurde. Ein Friedensschluss, der bis heute daran erinnert, dass selbst erbitterte Gegner irgendwann miteinander reden müssen, wenn sie nicht ewig weiter morden wollen. Und ausgerechnet dort bekommt heute die NATO einen Friedenspreis.

Man muss diese Ironie erst einmal verdauen. Ein Militärbündnis erhält eine Trophäe für den Frieden. Das ist ungefähr so, als würde der Tierschutzbund einen Preis an die Fleischindustrie verleihen - mit der Begründung, fachgerechte Schlachtung diene schließlich dem Tierwohl. Herzlichen Glückwunsch.

Aber die Preisverleiher meinen das durchaus ernst. Die NATO schaffe "Verlässlichkeit", fördere Partnerschaft und ermögliche "Frieden durch Stabilität". Militärische Stärke und Friedenssicherung seien kein Widerspruch, sondern bedingten einander, erklärt Reinhard Zinkann, Vorsitzender der verleihenden Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe und Geschäftsführer von Miele. Damit ist die Botschaft ausgesprochen: Frieden durch militärische Stärke. Frieden durch Aufrüstung.

Bemerkenswert auch, wer diesen Friedenspreis vergibt. Keine Friedensforschungsinstitution, nicht Amnesty International, nicht das Internationale Rote Kreuz, keine internationale Vermittlungsorganisation, keine Friedensinitiative, sondern die Wirtschaftliche Gesellschaft für Westfalen und Lippe e.V. Ihre Kernziele beschreibt sie damit, die Belange der Wirtschaft Westfalens zur Geltung zu bringen, wirtschaftliche Interessen zu artikulieren und für soziale Marktwirtschaft und freiheitliche Wirtschaftsordnung einzutreten. Mehr als hundert Kuratoren wirken in ihrem Umfeld an der Preisvergabe mit.

Seit 1998 wird der mit insgesamt 100.000 Euro dotierte Internationale Preis alle zwei Jahre vergeben. Zu den bisherigen Preisträgern gehören Václav Havel, Kofi Annan und Daniel Barenboim. Und nun also: die NATO. Ausgerechnet jetzt. Ausgerechnet die.

Das Bündnis befindet sich nicht auf einem historischen Abrüstungskurs. Im Gegenteil. 2025 haben sich die NATO-Staaten verpflichtet, ihre verteidigungs- und sicherheitsbezogenen Ausgaben bis 2035 auf insgesamt fünf Prozent ihrer Wirtschaftsleistung zu steigern. Die NATO spricht selbst von „warfighting readiness“. Man kann das angesichts des Ukrainekrieges für notwendig halten (oder auch nicht). Man kann Abschreckung für unverzichtbar halten. Aber warum muss man daraus einen Friedenspreis machen? Wer immer mehr Waffen produziert, immer höhere Militärausgaben beschließt und seine Gesellschaften auf Kriegstüchtigkeit zu trimmen versucht, darf sich zumindest die Frage gefallen lassen, ob hier noch Frieden vorbereitet wird - oder längst der nächste Krieg.

Aufrüstung kann abschrecken. Sie verschärft aber auch Rüstungsdynamiken und Bedrohungswahrnehmungen und verengt politische Spielräume für Rüstungskontrolle und Friedensdiplomatie. Wäre nicht ein wenig mehr Selbstreflexion und Distanz zur eigenen Militärlogik angebracht - statt einer feierlichen Beweihräucherung im Friedenssaal.

Zumal zur Geschichte der NATO eben nicht nur erfolgreiche Abschreckung und segensreicher Demokratieexport gehören. Dazu gehört eben auch der 78-tägige Luftkrieg gegen Jugoslawien 1999. Er war weder Selbstverteidigung noch vom UN-Sicherheitsrat autorisiert. Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages bewerten die NATO-Intervention im Kosovo als Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot. Die zur Rechtfertigung herangezogene

„humanitäre Intervention“ ist völkerrechtlich hoch umstritten und in diesem Fall haften ihr noch Manipulationsvorwürfe an. Afghanistan und Libyen gehören ebenfalls zur militärischen Bilanz des Bündnisses. Zwar mit Mandat des UN-Sicherheitsrates. Aber dennoch mit verheerenden Ergebnissen. In Afghanistan endete nach zwanzig Jahren die Militärpräsenz 2021 in einem nur wenig geordneten Rückzug. Die Taliban übernahmen erneut die Macht. Libyen versank nach rund 10.000 geflogenen NATO-Kampfeinsätzen und dem Sturz Gaddafis in bewaffneten Konflikten und staatlicher Fragmentierung. Hunderttausende Afrikaner, die in Libyen Arbeit gefunden hatten, verloren alles. Millionen Menschen flüchteten in und aus Libyen und Afghanistan vor Staatszerfall, Bürgerkrieg, Milizenherrschaft und jahrelanger Gewalt. Das Leid der Zivilbevölkerung ist unermesslich. Die Flüchtlingsströme nach Europa stärken in vielen Ländern heute nationalistische Parteien. - Wer einem Militärbündnis einen Friedenspreis verleiht, darf dessen Interventionen und deren Ergebnisse nicht aus der Bilanz herausstreichen.

Und über all dem steht die militärische Führungsmacht des Bündnisses, die USA. Die Vereinigten Staaten unterhalten Militärbasen rund um den Globus wie kein zweites Land und greifen seit Jahrzehnten immer wieder militärisch außerhalb ihres eigenen Staatsgebiets ein - durch Kriege, Umstürze, Entführungen und Luftangriffe. Allein die amerikanischen Kriege nach dem 11. September haben nach Berechnungen des Costs of War Project in Afghanistan, Pakistan, Irak, Syrien, Jemen und weiteren Kriegsschauplätzen Hunderttausende direkte zivile Todesopfer gefordert. Über 38 Millionen Menschen wurden in den untersuchten Kriegsländern vertrieben. Guantanamo, Abu Ghraib und die illegalen US-Drohnenkriege on top. Dies darf zwar nicht der NATO insgesamt zugerechnet werden. Aber diese Facetten gehören zum historischen Hintergrund eines Bündnisses, dessen militärische Macht bis heute ganz wesentlich auf den USA beruht.

Und jetzt: dieser Friedenspreis. Man fasst es nicht. Und der Kanzler der Bundesrepublik, Friedrich Merz, hält die Laudatio.

Aber das passt ins Bild: Deutschland führt in homöopathischen Dosen gerade den Wehrdienst wieder ein. Die Bundeswehr soll auf 260.000 aktive Soldatinnen und Soldaten und 200.000 Reservisten anwachsen. Für 2026 allein sind rund 108 Milliarden Euro Verteidigungsausgaben vorgesehen. Überall im Land stellen Unternehmen auf Rüstungsaufträge um. Und mitten in dieser Militarisierung überreicht eine Wirtschaftsgesellschaft einem Militärbündnis einen Friedenspreis - und der Bundeskanzler applaudiert. Eine bemerkenswerte Gesellschaft, mit einem bemerkenswerten Verständnis von Frieden. Deutschland auf dem Weg zur neuen militärischen Führungsmacht in Europa.

Der Westfälische Friede steht historisch für etwas anderes: für Verhandlungen nach einem verheerenden Krieg, für Interessenausgleich und für eine politische Ordnung, in der Gegner trotz tiefster Gegensätze miteinander leben konnten. Genau darüber müsste heute gestritten werden: Wie viel Abschreckung braucht Sicherheit - und wo beginnt eine Aufrüstungsdynamik, die Sicherheit selbst wieder gefährdet? Wie viel Geld fließt in militärische Fähigkeiten - und wie viel politische Energie und Budget in Diplomatie, Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung? Welche diplomatischen Anstrengungen werden unternommen, um einen Interessenausgleich mit Russland zu verhandeln - und die Kriegsleiden in der Ukraine und Russland umgehend zu beenden.

Wenn militärische Stärke, steigende Rüstungsausgaben und höhere Kriegsbereitschaft inzwischen als Friedensleistung gefeiert werden, gebt uns doch bitte einen neuen Begriff für das, was früher einmal Frieden hieß.

Frieden?! Nein, danke. - Bomben haben wir schon genug.

Dr. Lutz Mücke
Leipzig bleibt friedlich! www.leipzig-bleibt-friedlich.org

